

In seiner Sitzung vom 8. 10. 1980 überwies der Landtag das Postulat von acht VU-Abgeordneten vom 24. 6. 1980 betr. «Massnahmen zur Energieeinsparung (Isolation, Heizsysteme, Warmwasseranlagen)» an die Regierung. Auch in diesem Fall wurde die Regierung verschiedentlich auf die ausstehende Beantwortung hingewiesen; durch eine Anfrage von Stv. Abg. Elias Nigg am 23. 6. 1981, durch Abg. Georg Gstöhl am 15. 12. 1983, durch das am 11. 4. 1984 überwiesene Postulat vom 14. 12. 1983 betr. «Beantwortung der Postulate... vom 24. 6. 1980 betr. Förderung von Energiesparmassnahmen» und am 3. 7. 1985 durch eine Anfrage von Stv. Abg. Elias Nigg.¹⁹ Am 19. 12. 1985, *62 Monate nach Überweisung des Postulates*, legte die Regierung dem Landtag ihre Beantwortung vor. In ihren Repliken kritisierten die Postulanten sowohl die Verspätung als auch die Qualität des Berichts.

Zweimal versuchte der Landtag auf den Zeitpunkt der Beantwortung Einfluss zu nehmen: Das überparteiliche Postulat vom 29. 4. 1980 betr. «Verzicht auf die Herausgabe der Moskau-Olympia-Briefmarken» wurde in der nichtöffentlichen Landtagsitzung desselben Tages *dringlich erklärt*. In ihrer Antwort nach nur zwei Monaten erklärte die Regierung, sie habe noch am Tag der Überweisung des Postulats die Vernichtung der gedruckten und versandfertigen Briefmarken angeordnet. Dieses von 13 Abgeordneten unterzeichnete Postulat hatte somit zeitlich wie materiell sein Ziel erreicht.

Am 11. 4. 1984 forderten sieben VU-Abgeordnete in ihrem Postulat betr. «Beantwortung der Postulate vom 15. 12. 1982 betr. Förderung des öffentlichen Verkehrs und vom 24. 6. 1980 betr. Förderung von Energiesparmassnahmen» vom 14. 12. 1983 eine Beantwortung dieser beiden noch offenen Postulate bis Juni 1984. Die Regierung²⁰ hielt sich allerdings nicht daran und antwortete am 19. 12. 1984 und am 19. 12. 1985 auf die offenen Fragen. Der Landtag hat sich soweit bekannt nie grundsätzlich mit der Frage beschäftigt, ob die *Dringlicherklärung* und die Festsetzung einer *Beantwortungsfrist* vor der Geschäftsordnung standhalten.

Die *Form der Antwort* ist unbestritten: Die Regierung legt ihre Postulatsbeantwortung als schriftlichen Bericht vor, welcher zusammen mit den

¹⁹ In seiner Antwort führte Regierungschef Hans Brunhart aus: «Das Postulat ist bis heute nicht beantwortet, weil die Regierung mögliche Förderungsmaßnahmen für den privaten Wohnungsbau im Rahmen der Schaffung des Subventionsgesetzes überprüft und integriert sehen möchte.» LT Prot 85 III 763.

²⁰ Regierungsrat Hilmar Ospelt, FDP, war das zuständige Regierungsmitglied.